

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Reichsmark, durch Flugbestellen ohne Belegkarte 1.40 Reichsmark, durch die P. 10 Reichsmark u. 40 Pfennige Postgebühr. Die Halle-Zeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Reichsmark, durch die P. 10 Reichsmark u. 40 Pfennige Postgebühr. Die Halle-Zeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Reichsmark, durch die P. 10 Reichsmark u. 40 Pfennige Postgebühr.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
„Daily News“ meldet: In dem Entensvertrag der englischen Admiralität für 1926 befindet sich erstmals die Position einer eigenen britischen Mittelflotte.

Die kritische wirtschaftliche Lage hat zu neuen, rund 1200 Ründigungen, in der Berliner Industrie geführt.

In dem bekannten, bereits sechs Wochen dauernden Prozeß der Mitteldeutschen Heimstätte gegen den Herausgeber des „Holzmarkt“, Fernbach, wurde dieser in drei Punkten der Anklage, und zwar wegen Beleidigung des Volkswohlfahrtsministeriums, des Oberpräsidenten Höring und des Holzmarkt-Präsidenten Freytag, dagegen wegen Beleidigung des Geschäftsführers der Gesellschaft zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Verband der Leiter der städtischen Fuhrpart- und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands trat in Offen zu einer öffentlichen Sitzung im städtischen Saalbau zusammen.

Auf Grund von Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium werden dem besetzten Gebiet aus Pfortschätzern zehn Millionen Reichsmark Kredite zur Neubelebung und Förderung der handwerklichen und kleindindustriellen Produktion sowie des Einzelhandels zur Verfügung gestellt.

Der bekannte Korrespondent des „Echo de Paris“, Kerfint, spricht wiederum von einer deutschen Reise ins Ausland, die bei der Zusammenkunft der Vizepräsidenten ventiliert worden wäre. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, denkt Deutschland im Augenblick gar nicht an eine größere Auslandsreise.

„Daily News“ meldet aus Genf: Dem Völkerbund ist ein neuer Antrag aus dem Saarland zugegangen, der sich gegen die jetzige Regierung richtet und einige hundert Beschwerden gegen die Regierungslösung vorträgt.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Großhandels und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beschließen, von einer Beteiligung an der Weltausstellung in Philadelphia 1926 abzusehen, da die Zeit für die Vorbereitung viel zu kurz sei und die deutsche Industrie in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht die erforderlichen Mittel aufbringen könne, um sich an einer internationalen Ausstellung zu beteiligen.

Das Endergebnis der französischen Generalratswahlen ist, daß die Cinqpartisten 80 Sitze gewonnen haben. Davon entfallen auf die Radikalen und Radikalsozialisten 59, auf die republikanischen Sozialisten 2, und die Sozialisten 19. An dem Verfall der übrigen Parteien sind die Konfessionellen mit 6, die Christlichen mit 42, die Einkampfpublikaner mit 28 und die Kommunisten mit 4 Sitzen beteiligt.

In der Sejm-Sitzung in Warschau am Montag wurde das Agrarreformgesetz in bringender Verabschiedung. Die Abstimmung ging unter andauerndem Gern vor sich. Schließlich sprach sich der Sejm-Marschall (Parlamentarpräsident) gezeugen, die Tribünen räumen und jedes Abgeordnete, die für drei Sitzungen ausgeschlossen wurden, entfernen zu lassen. Das Gesetz wurde mit 200 gegen 190 bei 22 ungenutzten Stimmen angenommen. Dagegen stimmten: Deutsche, Ukrainer, Weißrussen und die Christlich-Nationale Gruppe Dubnienowitsch.

Londoner Abendblätter melden übereinstimmend, wegen der Frage der Kreuzerzubauteil sei es im Kabinett zu einem Kompromiß gekommen, so daß die Gefahr einer Kabinettkrise als beseitigt gelten könne. Dem „Evening Standard“ zufolge sollen in diesem Jahre statt der geforderten fünf Kreuzer nur zwei oder drei auf Stapel gelegt werden. Die endgültige Entscheidung wegen des Bauprogramms sei auf nächstes Jahr aufgeschoben worden.

Räumung der Sanktionsstädte?

London, 21. Juli. „Times“ berichtet, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und Italiens übereingekommen sind, die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort im Hinblick auf die Räumung des Ruhrgebietes zu räumen.

Eine Bestätigung dieser an sich sehr erfreulichen Nachricht muß abgewartet werden. Bisher war für Frankreich die Annahme der Entlassungsvoraussetzungen durch Deutschland die Voraussetzung für eine Räumung der Sanktionsstädte. Es ist möglich, daß die finanziellen Sorgen Frankreichs, die Doppelbelastung durch die Besetzung und durch den Verzug wieder überwiegen. In der Zwischenzeit werden jedoch noch einige Unterreden bis zum 25. Juli von der Besetzung beruhen. Von diesem Zeitpunkt ab steht das ganze Schauplatz wieder der Stadtverwaltung zur Verfügung.

Bisher hatte sich die Stadtverwaltung in heftigen Verhandlungen ergeblich bemüht, die Sanktionen freizubekommen. Man kann deshalb in der jetzigen Räumung der Städte wohl eine erste Vorbereitung für die Räumung von Düsseldorf sehen.

Räumungsvorbereitungen in Düsseldorf.
Die Besetzung in Düsseldorf hat, wie uns gemeldet wird, das Bruns-Georg-Gymnasium und das Gymnasium an der Vinthennstraße geräumt und die Verwaltungen wieder überlassen. In der Zwischenzeit werden jedoch noch einige Unterreden bis zum 25. Juli von der Besetzung beruhen.

Räumungsvorbereitungen in Düsseldorf.
Die Besetzung in Düsseldorf hat, wie uns gemeldet wird, das Bruns-Georg-Gymnasium und das Gymnasium an der Vinthennstraße geräumt und die Verwaltungen wieder überlassen. In der Zwischenzeit werden jedoch noch einige Unterreden bis zum 25. Juli von der Besetzung beruhen.

Die Aufnahme der deutschen Note.

Über die deutsche Antwortnote veröffentlicht „Hanas“, das amtliche französische Nachrichtenbureau, folgende Auslassung: Die Note ist in sehr vorsichtigen Wendungen abgefaßt und ihre Bezeichnung folgt im allgemeinen der Linie der französischen Note. Sie bedeutet in klarer Weise die Eröffnung von Verhandlungen. Die deutsche Regierung äußert gewisse Vorbehalte, namentlich hinsichtlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und der sich daraus für Deutschland ergebenden Verpflichtungen. Aber das sind gerade die Punkte, die man erörtern muß, und die ohne Zweifel bei späteren Verhandlungen geklärt werden können. Die Note der Reichsregierung liefert einen Beweis, daß der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu gelangen, was in Paris gütlich aufgenommen würde. Reichsaußenminister Stresemann erklärt auch nicht, daß es besser wäre, eine Konferenz der alliierten Staaten einzuberufen, um die Erörterung fortzusetzen.

Der Meinungsaustrausch zwischen den Regierungen scheint geeignet zu sein, eine gewisse Klärung über die Art und Ausdehnung der Verpflichtungen herbeizuführen, die diese gegebenenfalls bei Unterzeichnung des gegenwärtigen Sicherheitspaktes annehmen müssen, namentlich was das Schiedsgerichtsverfahren im Falle eines Konfliktes anbetreffe.

Man hofft, daß die französische Antwort auf die deutsche Note in etwa 14 Tagen fertig gestellt sein könne.

Die Londoner Blätter melden aus Paris über einen günstigen Eindruck, den die deutsche Antwort von der Befragte dort hervorgerufen hat. Der Pariser Berichterstatter des „Daily News“ schreibt, daß die Unterredung zwischen Briand und Doucet sich herzlich gezeigte. Die deutsche Antwort habe heute annehmend wirksam die Einleitung von Verhandlungen. Briand sei der Ansicht, daß man noch vorhandene Schwierigkeiten innerhalb der nächsten zwei Wochen überwinden würde, und daß die Hoffnung bestehe, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden wird. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die deutsche Antwort werde nicht als ein non solutum angesehen. Briand habe erklärt, die Verhandlungen würden zunächst allein zwischen Frankreich und Deutschland geführt werden. Frankreich werde jedoch keine Äußerungen zu Rate ziehen, bevor es seine Antwort an Deutschland erteile. Er bestreite die Möglichkeit, daß Stresemann im September nach Genf komme und dort mit Briand und Chamberlain zusammentreffe.

Die Note soll am Mittwoch veröffentlicht werden. Nach Mitteilungen des Außenministers zögert die Reichsregierung mit einem förmlichen

Erlösung des Ruhrgebietes.

Der Kommandeur der französischen Besatzungstruppen General Guillaumont, hat den Regierungspräsidenten in Düsseldorf offiziell nach dem Kenntnis gesetzt, daß der Rest des Ruhrgebietes bis Freitag Witternachts geräumt werden wird.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat aus Anlaß des Abmarsches der Besatzungstruppen folgende Kundgebung an die Bevölkerung der Provinz Westfalen gerichtet:

Am 21. Juli 1925 ist Westfalen frei. Mehr als 2½ Jahre hat der Druck fremder Besatzung auf dem Ruhrgebiet gelegen. In dieser schweren Zeit hat die Bevölkerung, haben die Behörden mit ihren Beamten ein mühseliges Verhalten an den Tag gelegt und erhebende Beispiele ihrer Liebe zur Heimat und zum Vaterland geleistet. Dafür gebührt ihnen der wärmste Dank. Doch ist es nicht an der Zeit, den Gefühlen der Befreiung noch schwerer Last laut Ausdruck zu geben. Wir müssen eingedenk sein, daß noch Teile unserer Schmelzereiprozess mit dem gleichen Anspruch auf Befreiung harren. Wir haben jedoch das Bedürfnis, dem geräumten Gebiet an dem Befreiungstage ein herzliches Glückwunsch zu sagen.

Zwischenfall in Bochum.
Bochum, 21. Juli. Gestern gab es vor dem Bahnhofhotel, dessen Besitzer entgegen der Anordnung der Stadtverwaltung, daß Bochum erst ab 12 Uhr besatzungsfrei sei, schon um 9 Uhr die schwarz-weißrote Fahne heraufhängen hatte, zu schweren Unruhenfällen. Die Polizei mußte die Menge mit der blauen Waffe vertreiben.

Bochum, 21. Juli. Gestern gab es vor dem Bahnhofhotel, dessen Besitzer entgegen der Anordnung der Stadtverwaltung, daß Bochum erst ab 12 Uhr besatzungsfrei sei, schon um 9 Uhr die schwarz-weißrote Fahne heraufhängen hatte, zu schweren Unruhenfällen. Die Polizei mußte die Menge mit der blauen Waffe vertreiben.

Die Aufnahme der deutschen Note.

Fortschreiten der Sicherheitsverhandlungen. Für die durch die Antwortnote eingeleitete Aktion zur Herbeiführung einer Ausdrache der Westmächte einschließlich Deutschlands, hofft man in Berlin auf Englands tatkräftige Unterstützung. Infolge dieser Sachlage werden Reichstagsarbeiten in weitaus größerem und längerem Umfang zurzeit abgehandelt werden.

Ablehnung der Entwarnungsnote.

Zu dem am Dienstag im Kabinett beginnenden Beratungen über die Entwarnungsnote erfahren wir, daß sämtliche Ressortkassen an Ablehnung der Ententforberungen lauten. In finanzieller Beziehung wurde ferner gütlich selbst gemacht, daß die nachmalige Umordnung in der Schwanzlinie den Vätern insoweit Rollen von mehr als 200 Millionen Mark verursachen würden.

Die Londoner „Morningpost“ meldet: Zwischen den alliierten Regierungen ist ein Meinungsaustrausch eingeleitet worden über die deutschen Forderungen, eine Milderung der Entwarnungsbedingungen einzutreten zu lassen. Die englische Regierung sei nicht abgeneigt, die Forderungen hinsichtlich der deutschen Luftfahrt einer Überprüfung zu unterziehen.

Frankreichs Finanzsorgen.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Infolge der bedenklichen Verschlechterung der französischen Finanzlage und der nach dem Dawespian gegebenen Unmöglichkeit, Zahlungen für die Besatzungskosten von Deutschland gelendert zu erhalten, soll sich ein Umsturz der französischen Regierung in der Räumungsfrage vorbereiten. Sowohl Caillaux wie auch Painlevé haben sich in den letzten acht Tagen mehrfach dahin ausgesprochen, daß die französischen Finanzen die Belastung durch die Besatzungskosten gleichzeitig mit den Anforderungen für Marokko schwerlich lange tragen würden.

Paris, 21. Juli. Am kommenden Montag wird der Generalstab in Paris einen neuen Bericht über die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Aussichten für die fernere Erfüllung des Dawespian erhalten. Für Frankreich liegt die bringende Notwendigkeit vor, um seine Finanzen zu sanieren, die Einnahmen der deutschen Reparationszahlungen in den nächstjährigen Etat einzustellen und die Sicherheit ihres Eingangs zu haben.

Berliner Brief.

Von unserem Berliner Vertreter.

Zur Außenpolitischen Debatte.
Die Mittwochsdebatte im Reichstag über die auswärtige Lage wird, nach den bisherigen Dispositionen, auch Donnerstag und Freitag ausfallen. Die Abstimmung über die bis jetzt vorliegenden zwei Ministeranträge wird voraussichtlich erst am Sonnabend vorzunehmen werden. In Kreisen der Regierungsräte ist man der Auffassung, daß durch die Zustimmung zur deutschen Antwortnote bereits eine feste parlamentarische Mehrheit für die Außenpolitik des Kabinetts geschaffen ist, die Überlegungen jeder Art ausschließen wird.

Die Ausweisung Deutscher aus Polen.
Über die geplanten Verhörungen zu Polen wurde Montag gemeldet, daß die deutsche Regierung amtlich in Warschau hat nachfragen lassen, ob Polen tatsächlich die Ausweisung von 15 000 Grundbesitzern aus Polen am 1. August durchführen will. Eine Antwort der polnischen Regierung ist bis jetzt dem deutschen Gesandten in Warschau nicht zugegangen. Dagegen haben zahlreiche Berliner Familien von in Polen anfalligen polnischen Wirtsteilnehmern erfahren, daß ihre Angehörigen Anfang August hier als Flüchtlinge einreisen werden und um Unterstützung bitten.

Deutschland-Rußland-China.
Der wochenlange Berliner Aufenthalt eines chinesischen Generals und die Tatsache, daß der hohe Vizepräsident des Ostens von Berlin nach dem Westen, London direkt nach Osten fahren ist, findet in der Pariser Presse lebhafteste Erörterung. Die große Angst der Westmächte vor einem deutsch-russischen Bündnis kommt in den Auslassungen des „Times“ und „Echo“ zum deutlichen Ausdruck. Der „Morningpost“ vertritt die Ansicht, was bisher nicht bekannt war, daß nur die Kommunisten, die zwischen Berlin und Moskau Freireiseerlaubnis an ihre Staatsangehörigen ausgeben haben, aber nicht auch die chinesischen Vertretungen in Paris und London. — Über die französischen Blätter überlegen die Kommunisten, die zwischen Berlin und Moskau einmischen, die zwischen Berlin und Moskau verurteilten Deutschen unter einem Tobschrei stehen, dessen Wofforderung bei den Russen, die bessere Realpolitik sind als wir, zwar ausgeschlossen ist, das aber, nach des Außenministers eigener Ansicht, die schwerste Belastung des Reparationsvertrages darstellt.

Wirtschaftliche Einwirkung.
Die französische Handelsdelegation verbreitet eine Mitteilung über den Stand der Verhandlungen der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. In ihr wird gesagt, daß nicht die Differenzen zwischen den Interessen der Exportindustrie beider Länder, sondern die Frage der Bevorzugung der europäischen Weine, die Deutschland als einseitig zu Gunsten Deutschlands herbeiführen haben. Frankreich werde auch nur nach diesen beiden Gesichtspunkten die Verhandlungen weiter aufnehmen. Solange Frankreich keinen Vertrag bekomme, wollen die Polen auch an ihrem Einspruch gegen die deutschen Bedingungen festhalten. Die wirtschaftliche Einwirkung ist heute die politische der Vorkriegsjahre.

Die Ausweisung der Volkslistkammer.
In entlassenen Telegrammen aus Berlin besprechen die Londoner Zeitungen die Tatsache, daß die deutschen Volkslistkammergebnisse die sind daß Deutschland die Infolge des Krieges und der Gebietsabtretungen erlittenen Bevölkerungsverluste wieder ersetzt hat. „Morningpost“ und „Daily Mail“, die beiden ältesten Blätter gegen Deutschland, besprechen bereits wieder die Bündnisfähigkeit Englands. Die „Morningpost“ fragt, ob die britische Politik nicht vor einer eben so überhöhten Neuorientierung Rede, wie vor wenigen Jahren, als das Bündnis mit Frankreich gipfelte, hätte aufgeben müssen. — Das Red der Weltgeschichte dreht sich langsam, aber stetig. Auch Deutschland ist nur eine Speise im Weltkuchen.

Zollkompromißverhandlungen.

Am Montagabend fand wiederum eine Interaktion der Beiratsräte über die Zolltariffrage statt. Am Montagabend empfing der Reichsminister in Anwesenheit der unabhängigen Reichsminister die Führer der Regierungsparteien, um mit ihnen die Angelegenheit zu erörtern. Daß die Beiratsräte bereits zu einer endgültigen Entscheidung führten, ist nicht anzunehmen, da die Zentrumsfraktion erst am Dienstag aber Mittwoch eine endgültige Entscheidung treffen wird. Das Kompromiß läuft, wie bereits mitgeteilt, darauf hinaus, die Mindestzölle für Getreide fallen zu lassen, dagegen solche für Fett und Vieh anzuheben, die auch von den Zentrumsmitgliedern gebilligt werden.

